

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

I 0110/2019 (DDI)

Interpellation Fraktion SP/Junge SP: Steigende Krankenkassenprämien als Armutsfalle (26.06.2019)

In den letzten 20 Jahren haben sich die Krankenkassenprämien in der Schweiz mehr als verdoppelt. Die Löhne und Renten sind im Gegensatz nur schwach gestiegen. Für viele Haushalte sind die Krankenkassenprämien zu einer unerträglichen Last geworden. Die stetig steigenden Krankenkassenprämien sind für tiefere und mittlere Einkommen nicht mehr bezahlbar. Sie treiben einkommensschwache Haushalte in die Armut. Ohnmächtig stehen viele Familien und Einzelpersonen dieser Entwicklung gegenüber. Dies gilt besonders für Familien und Einzelpersonen, die gerade ein wenig zu viel verdienen, um noch Prämienverbilligungen zu erhalten. Aber auch wer Prämienverbilligung erhält, ist von dieser Entwicklung betroffen. Denn die Prämienverbilligung hält bei weitem nicht Schritt mit dem effektiven Anstieg der Prämien. Der jährliche Prämienanstieg reduziert das verfügbare Einkommen der Solothurner Haushalte dramatisch. Die Situation ist sozialpolitisch unhaltbar und für die Betroffenen überaus belastend.

Aus diesem Grund fordert etwa die Caritas Schweiz, dass die Belastung einer Familie oder eines Haushalts durch die Krankenkassenprämien höchstens das Niveau eines Monatslohns erreichen darf, wobei die Kantone die dazu notwendigen Entlastungsregeln festzulegen haben und die Grenze der Maximalbelastung eines Haushalts im Gesetz festschreiben müssen. Caritas empfiehlt hierfür das differenzierte Modell der Prämienverbilligung, wie es der Kanton Graubünden anwendet. Überdies fordert die Caritas, dass der Zugang zur Prämienverbilligung nicht durch administrative Hürden erschwert wird. Deshalb soll die Verbilligung automatisch erfolgen, so wie dies bereits heute in einigen Kantonen erfolgreich in die Praxis umgesetzt wird. Und die SP Schweiz verlangt mit ihrer Prämien-Entlastungsinitiative, dass kein Haushalt in der Schweiz mehr als 10 Prozent seines verfügbaren Einkommens für Krankenkassenprämien ausgeben muss, wobei die dazu notwendige Prämienverbilligung zu mindestens zwei Dritteln durch den Bund und im verbleibenden Betrag durch die Kantone finanziert werden soll.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hoch ist aktuell die Belastung von Einzelpersonen und Familien mit kleineren und mittleren Einkommen durch die Krankenkassenprämien?
2. Wo sieht der Regierungsrat die Belastungsgrenze für Einzelpersonen und Familien mit kleineren und mittleren Einkommen durch die Krankenkassenprämien?
3. Sieht der Regierungsrat Möglichkeiten, um kleinere und mittlere Einkommen von den stetig steigenden Krankenkassenprämien mehr zu entlasten? Wenn ja, wann ist mit einer Vorlage zu rechnen? Wenn nein, warum nicht?
4. Wie steht der Regierungsrat zum differenzierten Modell der Prämienverbilligung, wie es der Kanton Graubünden anwendet?
5. Sieht der Regierungsrat administrative Hürden bei der Prämienverbilligung im Kanton Solothurn und allfälliges Verbesserungspotenzial? Wie beurteilt er ein System mit automatischer Auszahlung, wie es die Caritas fordert?
6. Wie steht der Regierungsrat zur Forderung der SP Schweiz, dass die Prämienverbilligung zu mindestens zwei Dritteln durch den Bund und nur im verbleibenden Betrag durch die Kantone finanziert wird?

Begründung 26.06.2019: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Anna Rüefli, 2. Luzia Stocker, 3. Stefan Oser, Markus Ammann, Markus Baumann, Remo Bill, Simon Bürki, Simon Esslinger, Simon Gomm, Urs Huber, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Angela Kummer, Thomas Marbet, Franziska Rohner, Franziska Roth, Mathias Stricker, Nadine Vögeli, Urs von Lerber, Marianne Wyss, Nicole Wyss (22)